



Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 493

**Einwohnerratssitzung vom Montag, 23. November 2020, 19.00 Uhr
im KUSPO**

Anwesend	36/37 Personen des Einwohnerrates 7 Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Tobias Henzen, Simone Schaub und Fredri Wiesner Gemeinderat: -
Vorsitz	Urs Baumann
Protokoll	Ulrike Schmid
Weibeldienst	Martin Suter

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1.	Bericht der BPK zur Sondervorlage Bewilligung Planungskredit von CHF 1'500'000 für das Bauprojekt Neubau Gemeindezentrum mit Bibliothek/Ludothek	3224
2.	Postulat der U/G, Benedikt Schmidt, Pumptrack	3241
3.	Postulat der FDP-CVP, Didier Pfirter, Autobahnausfahrt Pratteln Ost: Erwähnung des Namens der Standortgemeinde im Namen der Autobahnausfahrt im Gebiet Löli-Wanne	3245
4.	Beantwortung Interpellation der U/G-Fraktion, Petra Ramseier, Suchen und Finden – das Parking im Albanhof * ¹)	3234
5.	Beantwortung Interpellation der U/G, Benedikt Schmidt, Photovoltaik auf den neuen Kindergärten	3244
6.	Beantwortung Postulat Paul Dalcher, Publizierung von amtlichen Bestattungsanzeigen auf der Homepage www.pratteln.ch * ¹)	3167
7.	Beantwortung Postulat der SP, Marcial Darnuzer, Elterntaxi die Situation ist am ausarten * ¹)	3206

- | | | |
|----|---|------|
| 8. | Beantwortung Postulat der SP, Christine Weiss, Intelligente Strassenbeleuchtung | 3184 |
| 9. | Fragestunde nach der Pause | 493 |

Begrüssung

Geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, geschätzte Frau Gemeinderätin und Herren Gemeinderäte, wertige Gäste und Vertreter der Presse, ich begrüsse Sie recht herzlich zur 493. Sitzung des Einwohnerrates Pratteln.

Präsenz

Es sind zurzeit 36 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 19, das 2/3 Mehr 24 Stimmen.

Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

Urs Baumann: Das Büro hat beschlossen, aufgrund der Corona-Situation die heutige Sitzung ohne Pause durchzuführen. Wir weisen darauf hin, dass während der ganzen Sitzung Maskenpflicht gilt.

Es sind zwei Rücktritte aus dem Einwohnerrat zu vermelden:

Franziska Senn, U/G und Christoph Pflirter von der SVP-Fraktion haben beide ihren Rücktritt per 31. Dezember 2020 eingereicht. Diese beiden zurücktretenden Einwohnerratsmitglieder werden an der nächsten Sitzung gebührend verabschiedet.

Der AFP 2021 – 2025 wurde per Post allen Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten zugestellt.

Wir haben in der letzten Zeit sehr viele Mails im Zusammenhang mit Corona erhalten. Bitte habt Vertrauen in die Verwaltung! Diese hält sich regelmässig auf dem Laufenden über die Massnahmen und Vorschriften des Bundes und passt bei Bedarf deren Umsetzung an. Oft werden dieselben Fragen gestellt, auf die wir zudem keinen Einfluss haben, beispielsweise, ob nicht eine elektronische Durchführung möglich wäre, und die Antwort darauf lautet: Nein, das geht momentan nicht, die gesetzlichen Bestimmungen lassen es nicht zu.

Weiter bitte ich euch dringend, eure Voten kurz zu halten und beim Fehlen von neuen Aspekten auch einmal ganz auf ein Votum zu verzichten, um diese Sitzung wirklich kurzhalten zu können.

Mitteilungen des Gemeinderates

GR Stefan Löw: Ich möchte Sie kurz über das alte Polizeiauto informieren, das immer noch in Betrieb ist. Gemäss Einwohnerratsbeschluss vom 18. November 2019, Geschäft 3194, wurde ein Nachtragskredit von CHF 16'330 für die Ersatzbeschaffung des Polizeiautos beantragt und genehmigt. In der Folge dieser Abstimmung beantragte Claude Weisskopf, das alte Fahrzeug – ein Toyota RAV4 – bei Inbetriebnahme des neuen Wagens zu verkaufen. Diesem Antrag wurde mit grosser Mehrheit bei 7 Enthaltungen zugestimmt. Das neue Auto wurde bestellt, und die Situation wäre eigentlich klar. Aber das passierte im November 2019, und wie wir alle wissen, stellte die erste Corona-Welle im März 2020 plötzlich alles auf den Kopf. Auch die Abteilung Sicherheit stand vor neuen Herausforderungen. Für die zusätzlichen Kontrollgänge und -fahrten, Überwachungen und Informationen wurde ein weiteres Fahrzeug benötigt, und so haben wir damals ein zweites Auto dazu gemietet, um die Herausforderungen der Pandemie bewältigen zu können. Der KKS des Kantons war bereits aktiv, und auch das GFS war voll im Einsatz. Im selben Zusammenhang wurden Mitte Jahr 2020 noch die

Aufgaben der Gemeinde Augst übernommen, was wiederum zusätzliche Fahrten erforderte. Auch die Piketteinsätze mussten koordiniert und sichergestellt werden. Wir möchten deshalb das alte Polizeifahrzeug solange weiter benützen, bis sich die Situation um Corona stabilisiert hat und wieder planbar ist, wie sich die Mobilität der Abteilung Sicherheit gestaltet. Wenn das Auto weiterbetrieben wird und Reparaturen über CHF 1'800 anfallen, wird nicht mehr investiert, sondern das Fahrzeug wird abgestossen. Nötigenfalls muss dann erneut ein Fahrzeug dazu gemietet werden. Sobald sich die Lage stabilisiert hat, soll ein Antrag für die geordnete Ersatzbeschaffung eines Fortbewegungsmittels – kein Auto mehr - gestellt und ins Budget aufgenommen werden. Ausserordentliche Lagen erfordern auch ausserordentliche Massnahmen. Ich danke für Ihr Verständnis in dieser Situation.

GP Stephan Burgunder: Ich möchte mich kurz zu Wort melden, da offenbar der Handelsregistereintrag meiner neu gegründeten Firma Fragen aufgeworfen hat. Seit 22 Jahren bin ich bei der BLKB angestellt, aktuell mit einem 50%-Pensum. Das lässt sich mit dem Gemeinderatspräsidium und dem Landratsmandat nicht mehr vereinbaren. Deshalb habe ich mich entschlossen, mich selbständig zu machen, wodurch ich auch mehr Flexibilität für meine Arbeit für die Gemeinde gewinne. In Zukunft werde ich mit dieser Firma Hypotheken an Privatpersonen von Banken vermitteln. Im Gegensatz zu heute werde ich nicht mehr nur mit einer Bank zusammenarbeiten, sondern mit verschiedenen. Es ist eine klassische Vermittlertätigkeit, wie man sie auch von Krankenkassen oder Versicherungen kennt. Daneben werde ich vielleicht ein bis zwei Häuser pro Jahr verkaufen oder auch einmal helfen, eine Liegenschaft aufzustocken oder umzunutzen. Verkauf und Weiterentwicklung haben aber nur einen Zweck; sie dienen der Beratung und Vermittlung von Hypotheken und Banken. Es handelt sich also um ein einfaches Geschäftsmodell und um etwas, das ich als Bankfachmann beherrsche. Falls jemand Fragen dazu hat, kann er gerne persönlich auf mich zukommen.

Neue parlamentarische Vorstösse

Urs Baumann: Es sind sechs neue parlamentarische Vorstösse eingegangen.

- Dringliches Verfahrenspostulat, SVP, Urs Schneider, Traktanden – Behandlung während Corona bedingten Einschränkungen
- Motion, SP, Rebecca Moldovanyi, Sitzgelegenheiten
- Dringliche Motion, SP, Andreas Moldovanyi, zeitgemässer Nachteilsausgleich für benachteiligte Ratsmitglieder
- Dringliche Motion, SP, Andreas Moldovanyi, Optimierung der Hygiene-Massnahmen während der Coronapandemie
- Postulat, SVP, Urs Schneider, Nachhaltiges Pratteln „Begrünte Flachdächer“
- Postulat, SVP, Urs Schneider, Widerspruch im Zonenreglement Siedlung

Bereinigung Geschäftsverzeichnis

Urs Baumann: Wir haben drei dringliche Vorstösse, die wir zuerst abarbeiten.

Beschlüsse

1. Nr. 3249

Dringliches Verfahrenspostulat, SVP, Urs Schneider, Traktanden – Behandlung während Corona bedingten Einschränkungen

Urs Baumann: Wir sprechen zuerst über die Dringlichkeit.

Mauro Pavan: Da sich Urs Schneider selbst nicht meldet, melde ich mich zuerst. Auch wenn es so etwas wie ein Verfahrenspostulat, weder dringlich noch nicht dringlich, im Geschäftsreglement des Einwohnerrates Pratteln gar nicht gibt, macht es selbstverständlich Sinn, der Dringlichkeit zuzustimmen und ich schicke vorweg, dass der Dringlichkeit sicher stattgegeben werden kann, denn es muss jetzt behandelt werden. Als SP-Fraktion werden wir aber das Postulat an sich ablehnen. Falls der Dringlichkeit stattgegeben wird, äussere ich mich später nochmals dazu.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung zur Dringlichkeit der Vorlage Nr. 3249

://: Die Dringlichkeit wird mit 33 Ja- zu 3 Nein-Stimmen angenommen. (2/3 Mehrheit)

Urs Schneider: Danke, dass ihr die Dringlichkeit gewährt habt. Die Zeit, in der wir uns befinden, ist nicht einfach. Der Bundesrat beschliesst fast wöchentlich neue Massnahmen, die uns alle stark einschränken. Mit Stand per 29. Oktober galt in allen Einrichtungen Maskenpflicht, die Maskenpflicht im ÖV wurde ausgeweitet auf Wartezonen und Haltestellen, Diskotheken und Tanzlokale wurden geschlossen, und ab heute sind die Restaurants in der Stadt geschlossen. Private Veranstaltungen sind nur noch im Familienkreis mit höchstens 10 Personen inklusive Kinder erlaubt. Verboten sind Veranstaltungen mit mehr als 50 Teilnehmenden. Das trifft alle Sportanlässe und kulturellen Veranstaltungen. Ausgenommen sind Parlaments- und Gemeindeversammlungen, welche unter Schutzvorkehrungen möglich sind. Dass politische Veranstaltungen grundsätzlich gemäss den Bestimmungen des BAG erlaubt sind, macht Sinn und ist nötig. Es ist notwendig, dass der Gemeinderat weiterarbeiten kann, dass Verwaltungen funktionieren können. Trotzdem ist das Ganze nicht unproblematisch. Das Ansteckungsrisiko erhöht sich mit der Länge der Sitzungsdauer. Deswegen bin ich der Meinung, dass die Traktandenliste vorübergehend auf die wichtigsten Geschäfte reduziert werden sollte. Interpellationen wie auch Fragestunden würden schriftlich beantwortet. Zusätzliche Fragen müssten schriftlich eingereicht werden und würden im Protokoll beantwortet. Alle wissen, was ich mit diesem Verfahrenspostulat – egal ob es das nun gibt oder nicht – erreichen will. Es ist unklar, wie lange dieser Zustand noch dauert, aber die Corona-Situation wird uns noch einige Zeit begleiten. Man hört bereits von einer dritten Welle im nächsten Jahr. Alle, die im Gesundheitswesen tätig sind, wissen genau, wovon ich rede, und ich kann mir nicht vorstellen, dass man gegen dieses Verfahrenspostulat sein könnte. Ich möchte niemanden in der Redezeit einschränken und niemandem die Diskussion bei einer Interpellation wegnehmen, aber schwierige Zeiten brauchen spezielle Massnahmen. Ich bitte Sie deshalb, dieses Verfahrenspostulat zu überweisen.

Mauro Pavan: Im Gegensatz zu meinem Vorredner bitte ich darum, dieses Verfahrenspostulat abzulehnen und zwar insbesondere, weil niemandem die Diskussion weggenommen werden soll bei einer Interpellation. Es hat Gründe, weshalb wir in diesem Einwohnerrat verschiedene Formen von Vorstössen haben; dass man beispielsweise mit einer schriftlichen Anfrage eine schriftliche Antwort erhalten kann, dass man an einer Fragestunde schnell und unkompliziert eine Antwort bekommt und noch eine Zusatzfrage stellen kann, und bei einer Interpellation bei Bedarf eben die Diskussion verlangen kann. Lässt man das jetzt wegfallen, führt man es ein Stück weit ad absurdum. Ich würde eher, wie ihr das sonst oft macht, an den gesunden Menschenverstand appellieren und es bleiben lassen, überflüssig scheinende Vor-

stösse einzureichen, die dann zu unnötig langen Diskussionen führen. Grundsätzlich plädiere ich für die Ablehnung des vorliegenden Postulats.

Andreas Seiler: Auch wir von der FDP-CVP haben in der Fraktionssitzung über dieses Geschäft diskutiert. Wir können nachvollziehen, dass man sich in der gegenwärtigen Situation über diese Thematik Gedanken macht, sind aber gegen eine Überweisung des Postulats. Wir wissen nicht, wie lange diese Situation andauert. Es geht nicht nur um eine oder zwei Sitzungen, an denen wir uns einschränken, sondern es kann ein halbes oder sogar ein ganzes Jahr dauern. Da erachten wir es als problematisch, wenn beispielsweise Diskussionen über Interpellationen einfach unterbunden werden, denn wir halten es für wichtig, dass sich das ganze Parlament zu den Punkten äussern kann. Inhaltlich, um sich für spätere Vorstösse zu positionieren, aber auch, damit der Gemeinderat die Meinung aller Fraktionen kennt. Wir sind der Meinung, dass bereits viele Schutzmassnahmen umgesetzt werden: wir sind aus der Dorfturnhalle hierhergezogen, wir halten Abstand und wir tragen Masken. Wir möchten auch daran erinnern, dass nicht alle Leute im Homeoffice arbeiten, es gibt viele, die beispielsweise im Verkauf oder im öffentlichen Verkehr tätig sind, und alle diese Personen müssen auch arbeiten. Es ist nicht so, dass wir hier eine Veranstaltung machen und uns ein Recht herausnehmen, das andere nicht haben, sondern wir arbeiten für die Gemeinde und sind dafür auch gewählt worden. Deshalb denke ich, das Postulat sollte nicht überwiesen werden, sondern man sollte beim normalen Verfahren bleiben, und jeder kann selbst entscheiden, wieviel Redezeit es wirklich braucht.

Petra Ramseier: Die Fraktion U/G schliesst sich den Voten der Vorredner an und wird das Postulat nicht überweisen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Es sind 37 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 19, das 2/3 Mehr 25 Stimmen

Abstimmung zur Überweisung der Vorlage Nr. 3249

://: Das Postulat wird mit 28 Nein- zu 7 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen nicht überwiesen.

2. Nr. 3250

Dringliche Motion, SP, Andreas Moldovanyi, zeitgemässer Nachteilsausgleich für benachteiligte Ratsmitglieder

Andreas Moldovanyi: Ich nehme jetzt nur zur Dringlichkeit Stellung. Es gibt immer wieder Ratsmitglieder, die aus körperlichen Gründen Benachteiligungen unterliegen und mit dem Rollstuhl herkommen müssen. Diesen Ratsmitgliedern möchte ich ermöglichen, auf Kosten der Gemeinde mit einem Ruf- oder Behindertentaxi hergefahren zu werden, um ihrem politischen Amt nachgehen zu können. Der zweite Teil der Motion beinhaltet die Corona-bedingte Dringlichkeit in Bezug auf Ratsmitglieder, die nicht an Sitzungen teilnehmen können, weil sie Hochrisiko-Patienten sind. Ihnen soll ungeachtet gesetzlicher Vorgaben ermöglicht werden, durch eine Fernteilnahme der Sitzung beiwohnen und sich an den Abstimmungen beteiligen zu können. Deshalb bitte ich um Zusage zur Dringlichkeit.

Dieter Stohler: Aktuell geht es ja nur um die Dringlichkeit, und ich habe zuerst eine Frage an die Verwaltung: Ist es richtig, dass diese dringlichen Vorstösse, im Gegensatz zum Vorstoss, den Urs Schneider vorher verschickt hat, uns nicht vorliegen? Ist es richtig, dass sie nicht im Internet aufgeschaltet sind? Ich habe jedenfalls nichts gefunden. Mir ist klar, dass ein dringlicher Vorstoss bis fünf Minuten vor der Sitzung eingereicht werden kann. Der Vorstoss tönt ja

vernünftig, aber ich habe ihn nicht vorliegen und bin gegen die Dringlichkeit. Das Anliegen soll mit Sorgfalt geprüft und vom Gemeinderat sorgfältig beantwortet werden. Dann kann mit besserer Kenntnis der Vor- und Nachteile darüber abgestimmt werden.

Urs Baumann: Ich kann für die Verwaltung antworten. Es ist tatsächlich so, dass die beiden dringlichen Motionen nicht schriftlich vorliegen und momentan auch nicht online sind, weil sie erst heute im Laufe des Tages eingegangen sind.

GP Stephan Burgunder: Ich möchte den Vorschlag machen, dass wir dieses Traktandum auf den zweiten Teil der Sitzung verschieben, damit jeder den Vorstoss auf dem Tisch hat und weiss, um was es dabei geht. Es wurde noch eine zweite dringliche Motion eingereicht, die wir nachher diskutieren und die mir ebenfalls nicht vorliegt. So ist es schwierig, dazu Stellung zu nehmen. Eine Änderung der Traktandenliste obliegt allerdings dem Einwohnerrat.

Urs Baumann: Die Verwaltung hat es juristisch abgeklärt und es ist tatsächlich so, dass bis vor der Sitzung eine Motion eingereicht und begründet werden kann, aber sie muss nicht schriftlich vorliegen. Ich persönlich finde es schade, dass sie den Ratsmitgliedern nicht schriftlich vorliegt, aber sie sind so knapp eingegangen, dass es für die Schriftform zeitlich nicht gereicht hat.

Urs Schneider: Genau aus diesem Grund habe ich meinen dringlichen Vorstoss vorgängig an die Fraktionen geschickt, damit an den Fraktionssitzungen darüber gesprochen werden konnte. Anfangs Woche habe ich ihn an die Verwaltung geschickt, damit er hätte aufgeschaltet werden können, um eine Grundlage zu haben. Hier fehlt das. Das ist zwar rechtens, aber man möchte ja etwas erreichen mit einer Motion und sollte sie entsprechend breit abstützen können. Hier habe ich keine Grundlage und kann nicht entscheiden, auch nicht über eine Dringlichkeit, die ich daher nicht befürworten kann.

Mauro Pavan: Um über die Dringlichkeit entscheiden zu können, muss man nicht unbedingt den Inhalt im Detail vor sich haben. Die Dringlichkeit ergibt sich daraus, dass es, genau wie bei deinem Vorstoss vorher, um Massnahmen geht, die mit der aktuellen Situation zusammenhängen. Dass die Motion nicht vorher vorlag, mag ungeschickt sein, aber Andreas Moldovanyi kann ja vielleicht nachher den Inhalt genügend genau erläutern, so dass trotzdem eine Diskussion möglich ist.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung zur Dringlichkeit der Vorlage Nr. 3250

://: Die Dringlichkeit wird mit 18 Ja- zu 16 Nein- Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

3. Nr. 3252

Dringliche Motion, SP, Andreas Moldovanyi, Optimierung der Hygiene-Massnahmen während der Coronapandemie

Andreas Moldovanyi: Auch hier geht es um die aktuelle Situation. Vielleicht habt ihr heute einmal einen Blick auf die Homepage des Kantons Basel-Landschaft geworfen und gesehen, dass der Bezirk Liestal, in dem sich auch Pratteln befindet, die höchsten Zahlen des ganzen Kantons aufweist. Die sogenannte 14-Tages-Inzidenz übertrifft mit 840 bei weitem diejenige des Kantons Basel-Stadt und liegt deutlich über dem Schweizer Durchschnitt. Das hängt allein mit nicht-eingehaltenen und oft relativ schlecht dargestellten Hygienemassnahmen zusammen. Bei den Empfehlungen des Bundes ist vieles falsch oder zu wenig genau ersichtlich. Beispielsweise steht nirgends, dass Masken alle 4 Stunden gewechselt werden müssen. Redet man häufig, an Sitzungen oder ähnlichem, sind die Masken noch öfter zu wechseln. Es geht um die Verhinderung von Tröpfchen- und Schmierinfektionen – Infektionen, die über die Hände verbreitet werden.

Schmierinfektion sind durch häufiges Händewaschen und / oder durch Desinfektion relativ einfach zu verhindern. Man muss aber wissen, dass eine falsche Desinfektion oder das Händewaschen mit Seife nach der Desinfektion letztere zunichtemacht. Diese Motion bezweckt eine sehr gute Informationskampagne an die Pratteler Bevölkerung, und Masken und Desinfektionsmittel sollen grosszügig zur Verfügung gestellt werden, eventuell unabhängig vom Einkommen.

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung zur Dringlichkeit der Vorlage Nr. 3252

://: Die Dringlichkeit wird mit 21 Ja- zu 11 Nein- Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

4. Nr. 3224

Bericht der BPK zur Sondervorlage Bewilligung Planungskredit von CHF 1'500'000 für das Bauprojekt Neubau Gemeindezentrum mit Bibliothek/Ludothek

Urs Baumann: Am Referentenpult nimmt der Präsident der Bau- und Planungskommission, Kurt Lanz, Platz.

GR Philipp Schoch: Das vorliegende Geschäft ist wichtig, und es mag speziell sein, wenn jetzt die Bau- und Planungskommission dessen Rückweisung beantragt. Wie Sie aber im Bericht der BPK gesehen haben, ist das so abgesprochen. Die Bau- und Planungskommission wirft eine Menge zusätzlicher Fragen auf, und es geht darum, diese Fragen in einem nächsten Schritt seriös abzuklären. Dafür braucht es noch ein bisschen Grips und Input der Fachleute. Danach werden wir bereit sein, über das neue Gemeindezentrum zu entscheiden, im besten Fall gleich mit einer Volksabstimmung. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es noch nicht soweit, dass das auf einer gesunden Basis geschehen könnte, und deshalb hat die BPK befunden, das Geschäft zurückweisen zu wollen. Die neue Vorlage liegt der BPK bereits vor und sollte nächstens auch dem Parlament vorgelegt werden können. Die BPK hat sich grosse Mühe gegeben und 140 teilweise sehr detaillierte Fragen gestellt zum neuen Gemeindezentrum. Ich danke jetzt bereits der BPK für die gute Arbeit. Ein Gemeindezentrum zu bauen ist ein Grossprojekt für unsere Gemeinde. Deshalb ist es sicher richtig, wenn wir zum heutigen Zeitpunkt einen kurzen Zwischenstopp einlegen, nochmals ein wenig Geld einsetzen und am Schluss eine saubere Entscheidungsgrundlage haben.

Kurt Lanz: Ich muss dem nicht mehr viel hinzufügen. Den Text finden Sie in unserem Bericht. Ich möchte mich entschuldigen, dass ich immer noch Mitglied der Geschäftsprüfungskommission zu sein scheine, denn so ist diese Vorlage signiert. Das tut mir leid, ich habe übersehen, dass da noch GPK steht. Bitte streichen Sie das und schreiben Sie BPK hin, so hat alles seine Richtigkeit. Falls Sie noch Fragen an mich haben, bin ich gerne bereit, diese zu beantworten.

Dominique Häring: Wir von der Fraktion FDP-CVP unterstützen diesen Antrag der BPK, möchten aber die Aufnahme eines zusätzlichen Punkts anregen. Momentan ist die Verlegung der Bibliothek / Ludothek nicht der ausschlaggebende Punkt für die Planung, die Priorität liegt ganz klar auf dem Gemeindezentrum, welches seit Jahren in Diskussion ist. Durch einen Vorstoss von Paul Dalcher wurde eine Überprüfung von Alternativstandorten für die Bibliothek und Ludothek in gemeindeeigenen Liegenschaften in Auftrag gegeben, und es macht daher Sinn, den Neubau des Gemeindezentrums als eigenständiges Projekt zu betrachten und die Planung entsprechend voranzutreiben. Unser Antrag lautet deshalb, einen Punkt 5.2 aufzunehmen:

Der Gemeinderat wird beauftragt, für die die neue Vorlage eine klare Abgrenzung der Verkehrsfläche / Nutzfläche für die Planung Neubau Gemeindeverwaltung zur Planung der Bibliothek / Ludothek vornehmen (zwei eigenständige Vorlagen) und diese getrennt behandeln.

Mauro Pavan: Ich bin ein bisschen verunsichert, Dominique: Wenn ich richtig verstanden habe, unterstützt ihr den Rückweisungsantrag der BPK, möchtet aber gleichzeitig einen Änderungsantrag zum Geschäft stellen. Meiner Meinung nach geht das nicht auf. Wenn du das im Zusammenhang mit der Rückweisung dem Gemeinderat als Anregung mitgibst, dass er es vor der neuen Vorlage im Rat berücksichtigen möge, kann ich es nachvollziehen, aber wir können nicht über einen Änderungsantrag abstimmen, wenn das Geschäft an den Gemeinderat zurückgewiesen wird.

Petra Ramseier: Die Fraktion der U/G unterstützt den Antrag der BPK. Ich habe dieselbe Frage an Dominique Häring. Dieser Zusatz, den ihr bringt, würde bedeuten, die beiden Bauten definitiv zu trennen, auch in einer Vorlage. Ich würde hier ebenfalls vorschlagen, zuerst abzuwarten, wie es weitergeht, bevor man entscheidet, wie das Verfahren effektiv aussehen soll. Auch mir ginge das zu schnell, bereits jetzt definitiv zu entscheiden.

Kurt Lanz: Obwohl ich schon lange in diesem Rat bin, ist das auch für mich neu und ich glaube, das noch nie so erlebt zu haben. Weisen wir dieses Geschäft jetzt an den Gemeinderat zurück, so wird uns dieser ein neues Geschäft bringen. Ich denke, der Gemeinderat wäre gut beraten, das, was Dominique Häring vorgebracht hat, in dieses neue Geschäft aufzunehmen. Ich bitte Sie, das Geschäft einfach dem Gemeinderat zurückzuweisen, und dieser sollte entgegennehmen, was die FDP-CVP dazu gesagt hat.

Dominique Häring: Es tut mir leid, dass Verwirrung entstanden ist. Zum Zeitpunkt der Erarbeitung hatten wir noch keine Kenntnis von der neuen Vorlage, und das hat wohl zu einem kleinen Durcheinander geführt. Wir ziehen den eigentlichen Antrag zurück und möchten unser Anliegen dem Gemeinderat effektiv als Anregung mitgeben.

Dieter Stohler: Nur ein Hinweis in formeller Hinsicht, der für gewisse Personen eine Überraschung sein mag: Selbstverständlich ist das möglich. Der Einwohnerrat beschliesst einerseits eine Rückweisung und gibt andererseits einen Beschluss mit, was der Gemeinderat jetzt tun soll. Es ist hilfreich, wenn nicht nur eine Rückweisung beschlossen wird. Erfreulicherweise wurde bereits bestätigt, was geschehen soll. Formell ist es kein Problem, eine neue Vorlage zu verlangen und gleichzeitig Vorgaben dazu zu machen.

Urs Schneider: Soviel ich weiss – der Gemeinderat wird mich korrigieren, falls es nicht stimmen sollte –, wurde dieses Geschäft direkt an die BPK überwiesen. Das bedeutet, dass, wenn wir es zurückweisen wollen, wir zuerst eintreten müssten, denn so ist es noch nicht im Einwohnerrat. Wir können es somit nicht zurückweisen, weil wir gar nicht eingetreten sind. Das wäre Punkt eins. Punkt zwei sehe ich gleich wie Dieter Stohler. Wenn wir in ein Geschäft eingetreten sind, können wir dieses zurückweisen mit der Anweisung, dass wir zwei getrennte Vorlagen wünschen.

Mauro Pavan: Nein, das stimmt nicht. Wir können nicht formell darüber abstimmen, was für Vorlagen uns der Gemeinderat vorlegt. Das ist Sache des Gemeinderates. Selbstverständlich macht es im Falle einer Rückweisung Sinn, darüber zu reden, welche Verbesserungen wir uns vom Gemeinderat wünschen, damit dieser über diese Informationen verfügt und sie berücksichtigen kann. Man könnte jetzt darüber diskutieren, ob das alle Fraktionen gleich sehen wie Dominique Häring und die Fraktion FDP-CVP, aber darüber formell abstimmen können wir selbstverständlich nicht. Dazu bräuchte es eine Motion, die eine Vorlage des Gemeinderates verlangt. Ausserdem sind wir selbstverständlich auf das Geschäft eingetreten, wenn wir es direkt an die Bau- und Planungskommission überwiesen haben. Wenn es sich bei der BPK befindet, ist es im Rat. Wir können aber ein Geschäft auch an den Gemeinderat zurückweisen, ohne zuerst formell darauf einzutreten, denn im Reglement des Einwohnerrates steht, bei jedem Geschäft führe der Einwohnerrat eine Debatte über Eintreten, Nichteintreten oder Rückweisung. Wenn wir formaljuristisch argumentieren wollen, bleiben wir doch bitte bei demjenigen Reglement, das wir uns selber gegeben haben und das für den Einwohnerrat gilt.

Benedikt Schmidt: Ich würde dem Gemeinderat auch gerne etwas mitgeben, und zwar: Bringt eine Vorlage für Gemeindezentrum und Bibliothek und splittet es nicht auf! Die Gemeinde hat dazu seinerzeit einen Wettbewerb organisiert. Daraufhin wurde uns vorgestellt, welche wunderschöne Einheit diese drei Gebäude zusammen darstellen und welchen Platz sie bilden. Diese Gebäude gehören zusammen. Eines davon ging unterdessen bereits den Bach runter. Wird jetzt nochmals aufgesplittet, so wird das ganze Wettbewerbsverfahren, gemäss dem die Gebäude zusammengehören, ad absurdum geführt und man hätte es sich wirklich sparen können.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung zur Rückweisung der Vorlage Nr. 3224

://: Das Geschäft wird mit 35 Ja- zu 1 Nein-Stimme bei 1 ohne Stimmabgabe an den Gemeinderat zurückgewiesen.

Die Fraktion der FDP-CVP, Dominique Häring dankt dem Gemeinderat, dass er folgende Anregung wenn möglich berücksichtigt:

Die neue Vorlage soll eine klare Abgrenzung der Verkehrsfläche / Nutzfläche für die Planung Neubau Gemeindeverwaltung zur Planung der Bibliothek / Ludothek vornehmen (zwei eigenständige Vorlagen) und diese getrennt behandeln.

5. Nr. 3241

Postulat der U/G, Benedikt Schmidt, Pumptrack

GR Urs Hess: Der Gemeinderat ist bereit, dieses Postulat entgegenzunehmen, zu prüfen und anschliessend zu berichten. Ich möchte aber nicht zu grosse Hoffnungen schüren. Wir haben bereits mehrere Anfragen wegen Pumptracks gehabt und diverse Abklärungen getroffen, wo so ein Pumptrack aufgestellt werden könnte. Das hilft uns bei der Beantwortung des Postulats.

Benedikt Schmidt: Es freut mich, dass der Gemeinderat dieses Postulat entgegennehmen will. Mir ist durchaus bewusst, dass schon mehrfach versucht wurde, ein Pumptrack einzurichten. Dabei ging es aber immer um eine feste Anlage, was die Suche nach einem geeigneten Ort für die Installation schwierig machte. Die Version eines mobilen Pumptracks wäre deshalb eine Lösung und würde den Kindern die Möglichkeit bieten, in den verschiedenen Quartieren spielen zu können. Es ist sicher nicht einfach, gute Örtlichkeiten dafür zu finden, aber die Gemeinde hat bestimmt auch eigene Flächen dafür. Im Sommer war er hier auf der Wiese aufgestellt, und wir haben seit der Einreichung des Postulats bereits mehrere Vorschläge erhalten, wo der Pumptrack platziert werden könnte. Ich denke, solche Flächen gibt es, beispielsweise bei der Zentrale oder hier vorn. Ich danke für die Unterstützung des Postulats.

Silvia Lerch: Es freut mich, dass nicht nur ich persönlich, sondern wir als Fraktion für Überweisen sind. Ich finde es eine tolle Sache, die sowohl im Winter wie auch im Sommer benutzt werden kann. Letztens bin ich in Muttenz vorbeigefahren, wo es ein Riesentreffpunkt fürs ganze Dorf, für Jung und Alt ist.

Fabian Thomi: Auch die SP-Fraktion findet es eine tolle Sache und ist für Überweisen dieses Postulats.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung zur Vorlage Nr. 3241

://: Das Postulat wird mit 33 Ja- zu 1 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltung an den Gemeinderat überwiesen.

6. Nr. 3245

Postulat der FDP-CVP, Didier Pfirter, Autobahnausfahrt Pratteln Ost: Erwähnung des Namens der Standortgemeinde im Namen der Autobahnausfahrt im Gebiet Löli-Wanne

GR Stefan Löw: Wir werden auch dieses Postulat entgegennehmen. Meines Wissens haben wir diese Frage bereits einmal behandelt. Die Verhandlungen, die auf höchster Ebene, sprich beim ASTRA geführt werden müssen, werden sehr schwierig sein. Der Antrag muss durch den Kanton gestellt werden. Aber wir nehmen es gerne entgegen und werden versuchen, die Sache zu beschleunigen, damit bald klar ist, wie es weitergeht.

Didier Pfirter: Ich danke dem Gemeinderat, dass er bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen und speditiv zu behandeln. Schon als Kind, als es noch gar keine Ausfahrt Pratteln gab und alle, die nach Pratteln wollten, die Ausfahrt im Löli nehmen mussten, wunderte ich mich, ob die Hülften wohl zu Liestal gehöre. Das ist für mich kürzlich wieder lebendig geworden, als ich als Beifahrer dem Fahrer sagen musste, er müsse die Autobahn in Liestal verlassen, und dieser das nicht verstanden hat, weil doch angegeben ist, um nach Pratteln zu gelangen, müsse noch auf der Autobahn geblieben werden. Auch nach dem Verlassen der Autobahn war für ihn der Weg nicht klar, weil immer nur Liestal ausgeschildert ist und erst kurz vor der Abzweigung in der Wanne ein Hinweis auf Pratteln erscheint. Eine korrekte und fast überall übliche Beschriftung der Ausfahrt mit dem Namen der Standortgemeinde, die ja sogar grösser ist als Liestal, ist zunächst einmal eine praktische Notwendigkeit für alle Ortsunkundigen. Ganz besonders gilt das im Hinblick auf das kommende Schwingfest und für die Entlastung der Bahnhofstrasse, die sonst den ganzen Verkehr von der Salinenstrasse ins Dorf aufnehmen muss. Für mich hat diese Sache aber auch eine politische Bedeutung. Seit Jahren habe ich schmerzlich den Eindruck, dass unsere Gemeinde im Kanton stets ein bisschen zu kurz kommt und daran gehindert wird, ihr Potenzial zu entfalten, dafür aber disproportional viele Lasten aufgebürdet erhält. Unser Gemeindegebiet wird durch Eisenbahn und Autobahn in etwa neun Inseln zerstückelt, die nur durch Brücken und Unterführungen verbunden sind, ganz zu schweigen von der Lärmbelastung durch all diese Verkehrswege. In der Lachmatt hat es die SBB bis heute nicht für nötig gehalten, den hässlichen Tunnel zuzudecken. Dafür umfahren uns jetzt auch die Regionalexpresszüge Richtung Olten und halten dafür in Liestal, Sissach und Gelterkinden. Die Begründung der SBB für die neuste Ablehnung eines Schnellzughalts, es werde irgendwann in etwa 15 Jahren besser mit den Anschlüssen, ist eine Verhöhnung einer der grössten Gemeinden im Kanton mit der zweitgrössten Zahl an Arbeitsplätzen, die rund um die Uhr enorme Einschränkungen durch Emmissionen durch die SBB zu erdulden hat. Dasselbe gilt für die Schliessung des Bahnhofs, der im Gegensatz zu Muttenz nicht einmal mit einem Avec teilkompensiert wurde. Die Autobahnausfahrt, die uns viel Boden gekostet hat, wird von der Mehrheit der ortskundigen Einwohner benützt, die von Osten oder Süden kommend hier in alle Richtungen die Autobahn verlassen, das heisst nach dem sechs Kilometer entfernten Kantonshauptort, der zwei andere Ausfahrten mit seinem Namen hat, und nach der Nachbargemeinde Augst, obwohl allein das Prattler Längiquartier daneben doppelt so viele Einwohner hat wie Augst. Die Erwähnung von Pratteln würde auch einen kleinen Beitrag ans Zugehörigkeitsgefühl der vielen Zugezogenen leisten, die in den Quartieren im Osten und Nordosten unserer Gemeinde wohnen. Der Hauptname dieser Ausfahrt

sollte aber Pratteln Ost lauten, wie überall, wo zuerst der Name der Standortgemeinde genannt wird. In einem Artikel zu unserem Vorstoss in der BZ nennt das ASTRA als Beispiel eine kleine Gemeinde mit ein paar hundert Einwohnern neben Kilchberg, die im Namen der Ausfahrt auf ihrem Boden ebenfalls nicht erwähnt sei. Dieses gewählte Beispiel zeigt offensichtlich, dass es keine mit Pratteln vergleichbar grosse Gemeinde gibt, die einer Autobahnausfahrt auf ihrem Boden nicht den Namen gibt. Nach Pratteln Ost kann man von mir aus auch noch Liestal und Augst und nach Möglichkeit auch Salina Raurica erwähnen. Für mich ist diese Forderung auch eine Forderung der Selbstachtung Prattelns. Ich sehe nicht ein, weshalb wir uns so viel Zurückstellung widerspruchlos gefallen lassen und dafür disproportional viele Lasten für den ganzen Kanton, wenn nicht sogar für die ganze Schweiz tragen. Mit der Annahme unseres Vorstosses könnte der Einwohnerrat ein Zeichen auch in diesem Sinn setzen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung zur Vorlage Nr. 3245

://: Das Postulat wird mit 36 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung an den Gemeinderat überwiesen

7. Nr. 3234

Beantwortung Interpellation der U/G-Fraktion, Petra Ramseier, Suchen und Finden – das Parking im Albanhof

GR Stefan Löw: Zuerst möchte ich mich entschuldigen, dass es fünf Monate gedauert hat bis zur Beantwortung. Wie Sie wissen, konnte ich an der letzten Sitzung nicht teilnehmen, weil ich in Isolation war (Corona). Ich gehe davon aus, dass ihr die Interpellation vor euch habt und werde deshalb die Fragen nicht wiederholen, sondern komme direkt zur Antwort auf die erste Frage.

Der Gemeinderat ist sich der Problematik der schlechten Erreichbarkeit des Parkings Albanhof bewusst.

Zur zweiten Frage muss man sagen, dass es sich um eine private Einstellhalle handelt, an der die Gemeinde keinen Eigentumsanteil hat. Die ausgeschiedenen Plätze in dieser Halle sind den Kunden dieser Räumlichkeiten oder den Geschäften im Albanhof und Aquila zugeordnet. Eine öffentliche Nutzung dieser Einstellhalle ist zum aktuellen Zeitpunkt von der Verwaltung nicht erwünscht. Dieselbe Frage wurde vor 10 Jahren bereits einmal gestellt, und bereits damals folgte eine abschlägige Antwort.

Zur dritten Frage gibt es dieselbe Ergänzung. Die Eigentümerschaft wünscht keine Veränderung bei der Erreichbarkeit, der Zugänglichkeit oder der Signalisation. Die Gemeinde kann nicht einfach von sich aus auf eine Tiefgarage hinweisen, denn diese gehört wirklich nicht uns. Wir begrüssen es aber, wenn die Läden und die Praxis dort ihre Kunden darauf hinweisen, die Tiefgarage zu benutzen, die im Übrigen gebührenpflichtig ist.

Abstimmung zur Diskussion zu Vorlage Nr. 3234

://: Der Diskussion wird mit 36 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung stattgegeben

Petra Ramseier: Ich danke Stefan Löw für die Beantwortung dieser Interpellation. Ich denke, dass dort keine teilöffentliche Nutzung vorgesehen ist, ist ein Fehler, den wir gemacht haben mit dem Quartierplanvertrag. Wir müssen in Zukunft darauf achten, als Gemeinde Zugang zu solchen Parkplätzen zu haben, vor allem, wenn sie leer stehen. Dem Gemeinderat lege ich sehr ans Herz, zu versuchen, weiterhin im Gespräch zu bleiben und Druck zu machen, um eventuell auch heute noch eine Änderung erzielen zu können beim Eigentümer. Gleichzeitig sollte man auch direkt an die Geschäfte gelangen und sie darauf hinweisen, dass sie ihre Kunden informieren, denn ich glaube, dass diese Kommunikation nicht so gut funktioniert und die Kunden gar nicht wissen, dass sie dieses Parking nutzen könnten. Das ist sehr schade,

denn eigentlich suchen wir doch verzweifelt überall Parkplätze, und ich wäre froh, wenn der Gemeinderat das zur Chefsache machen könnte. Danke.

Keine weiteren Wortmeldungen.

://: Die Interpellation ist beantwortet.

8. Nr. 3244

Beantwortung Interpellation der U/G, Benedikt Schmidt, Photovoltaik auf den neuen Kindergärten

GR Philipp Schoch: Ich möchte nicht auf die einzelnen Fragen eingehen, sondern ein Learning aus der ganzen Geschichte Totalunternehmerverträge bei den Kindergärten ziehen. Wir haben viel daraus gelernt, so zum Beispiel, dass die Mitsprache der Gemeinde als Bauherrin entscheidend ist. Das müssen wir bei den nächsten Totalunternehmerverträgen sehr viel besser machen. Dass wir dort jederzeit mitreden und Ergänzungen anbringen können, ist natürlich nicht im grossen Umfang möglich, aber im Kleinen muss das machbar sein. Wir werden sicher auch beim Kindergarten Grossmatt und beim Kindergarten Zweien die ganze Angelegenheit prüfen und könnten dort beispielsweise mit einem Contractor eine Lösung für die Nutzung der Dachfläche suchen. Die Dachfläche könnte jemandem zur Verfügung gestellt werden zum Betrieb einer Solaranlage.

Abstimmung zur Diskussion zu Vorlage Nr. 3234

://: Der Diskussion wird mit 36 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung stattgegeben

Benedikt Schmidt: Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung dieser Interpellation. Beim Kindergarten Zweien fände ich es schon wichtig zu wissen, wann denn die seit langem versprochene Anlage aufs Dach kommt. Das haben wir schon vor mehr als einem Jahr diskutiert, damals hat Kurt Lanz einen Vorstoss gemacht, aber offenbar hat ein Jahr nicht gereicht, um die Anlage aufs Dach zu kriegen. Philipp Schoch hat es richtig gesagt, es muss nicht immer selbst gemacht werden, die Nutzung kann auch abgegeben werden. Hat die Gemeinde vor, ihre Dachflächen konsequent mit Fotovoltaik oder sonstigen Anlagen auszurüsten oder durch Dritte ausrüsten zu lassen?

Kurt Lanz: Ich danke Benedikt Schmidt für die gestellten Fragen. Die Frage zwei ist für mich sehr speziell, und wenn Philipp Schoch sagt, er möchte nicht auf die Fragen eingehen, so finde ich, er dürfte wenigstens auf die Frage zwei eingehen und halt sagen „Nein, es ist noch nicht installiert“, oder „Ja, es wird nächstes Jahr installiert“, denn uns wurde hier mal vom Gemeinderat versprochen, dass dort eine Fotovoltaik-Anlage aufs Dach kommt. Wenn das immer noch nicht gemacht worden ist, habe ich als Parlamentarier das Gefühl, dass wir vom Gemeinderat angelogen werden. Auch wenn heute ein anderer Gemeinderat das Geschäft vertritt als damals, so hat doch der Gemeinderat dem Einwohnerrat zweimal die Umsetzung versprochen: das erste Mal, als die BPK die Kindergärten vorgestellt hat, und das zweite Mal nach meinem Vorstoss. Wenn ich jetzt keine Antwort erhalte vom Gemeinderat, so bin ich mehr als nur ein wenig enttäuscht.

GR Philipp Schoch: Kurt und Benedikt, der Auftrag wurde verstanden. Wann wir den Auftrag genau umsetzen, kann ich jetzt hier nicht sagen. Aber dass das bald geschehen muss, verspreche ich hier nochmals. Du hast richtig gesagt, es war eine andere Crew, die das hätte umsetzen sollen, und wir haben sehr transparent aufgezeigt in der Beantwortung der Frage zwei, weshalb die Umsetzung noch nicht erfolgt ist. Wir müssen uns bewusst sein, dass wir mit unserer Bauverwaltung am absoluten Minimum laufen. Den Leuten dort ist es nicht lang-

weilig, sie sind überlastet und setzen Prioritäten, was angeblich auch der politische Wille ist. Die Prioritäten sind halt jetzt gegen diese Fotovoltaik-Installation gesetzt worden, und ein Stück weit muss man das auch akzeptieren. Wir werden uns aber bemühen, die Geschichte so schnell wie möglich umzusetzen, so wie es hier drin offenbar bereits versprochen wurde.

Keine weiteren Wortmeldungen.

://: Die Interpellation ist beantwortet.

9. Nr. 3167

Beantwortung Postulat Paul Dalcher, Publizierung von amtlichen Bestattungsanzeigen auf der Homepage www.pratteln.ch

GR Stefan Löw: In einer Fragestunde habe ich bereits einmal Stellung zu einer solchen Frage von Eva Keller genommen. Jetzt gibt es auch die Beantwortung des Postulats von Paul Dalcher. Sie ist schon vor einiger Zeit zugestellt worden und ihr konntet euch bereits intensiv einlesen. Wie ihr in der Beantwortung seht, bestehen durch die Gesetzgebung gewisse Vorgaben für die Handhabung, und den Hinterbliebenen werden bestimmte Fragen gestellt. Wenn diese nicht bereit sind, gewisse Publikationen zu erlauben, können und dürfen wir das nicht machen. Einer der Gründe dafür ist, dass dann teilweise noch Fragen, Schreiben oder auch Rechnungen eintreffen und Forderungen gestellt werden. Das gibt manchmal unschöne Situationen, und einige Hinterbliebenen versuchen das zu vermeiden; sie haben möglicherweise persönliche Gründe dafür. Idealerweise müsste die verstorbene Person im Vorfeld in einer Verfügung festhalten, was sie publiziert haben möchte von sich, dann wäre uns die entsprechende Publikation auch gestattet. Zum anderen weisen wir darauf hin, dass wir ab nächstem Jahr beabsichtigen, diese Publikationen zu machen, damit die Angaben, welche veröffentlicht werden dürfen, allen zugänglich wären.

Paul Dalcher: Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung meines Postulats. Mein Anliegen ist damit weitgehend erfüllt. Die Lösung ist zweckmässig und nicht teuer und stellt einen ersten Schritt dar zu noch mehr Service publique in unserer Gemeinde. In meinem Postulat war noch ein zweites Begehren, das nicht beantwortet wurde. Ich möchte gern wissen, wie die Bevölkerung jetzt darüber informiert wird, dass die Publikationen auf der Homepage aufgeschaltet werden.

GR Stefan Löw: Die Publikation wird einerseits auf der Homepage, unserem künftigen Medium, veröffentlicht. Einen kleinen Hinweis können wir Anfangs Jahr auch im Prattler Anzeiger schalten, um diese Neuerung breiter bekannt zu machen.

Rebecca Moldovanyi: Ich habe eine Anmerkung zu Drittens, wo steht, man könne sich überlegen, ob der Schaukasten noch zeitgemäss sei. Ich fände es sehr wichtig, dass dieser erhalten bleibt, auch wenn eine elektrische Form Einzug hält, denn gerade die ältere Bevölkerung, die möglicherweise mit dem Computer nicht umgehen kann, geht dort immer wieder vorbei und sieht sich die Meldungen im Schaukasten an.

Abstimmung zur Abschreibung des Postulats Nr. 3167

://: Das Postulat wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

10. Nr. 3206

Beantwortung Postulat der SP, Marcial Darnuzer, Elterntaxi die Situation ist am ausarten

GR Stefan Löw: In der Zwischenzeit hat sich die Situation insofern geändert, dass Marcial mit mir im Gemeinderat sitzt und wir uns gut austauschen können. Wir haben uns bereits unterhalten über diese Situation, und wir wissen, dass sie die Gemeinde beschäftigt. Verschiedene Massnahmen wurden umzusetzen versucht, beispielsweise mit verstärkter Präsenz und indem die Angehörigen darauf hingewiesen werden, dass die Kinder den Schulweg zu Fuss gehen sollten. Wir fördern auf verschiedene Weisen proaktiv, dass die Kinder wie früher den Schulweg wieder selbst geniessen können und nicht mit den Taxis bis vors Schulhaus gefahren werden. Die grösste Gefahr geht davon aus, dass mit den Fahrmanövern eigene oder fremde Kinder gefährdet werden. Wir haben uns überlegt, ein Verbot zu erlassen, aber dann würde das Problem einfach verlagert und an einen anderen Ort verschoben. Es geht wirklich darum, die Eltern dazu zu bewegen, keine Taxifahrten zu übernehmen und den Kindern die Verantwortung zu übergeben, selbst und zu Fuss zur Schule zu gehen. Wenn alle sich daranhalten, sind die Kinder auch nicht allein unterwegs und gut sichtbar. Wir bleiben dran an diesem Thema und bitten, das Postulat abzuschreiben.

Kurt Lanz: Ich nehme die Antwort des Gemeinderates entgegen, weil Marcial ja jetzt in demselben sitzt, und danke Stefan Löw für seine Ausführungen. Es gibt trotzdem noch einiges dazu zu sagen. Ich kann nachvollziehen, wenn in Bezug auf die Schulhäuser in der Antwort des Gemeinderates steht, dass sich das Parkierungsverhalten um ein paar Strassenzüge verschieben würde. Leider ist es aber so, dass es nicht nur um die Schulhäuser geht, sondern auch um die Kindergärten. Wird es bei diesen um ein paar Strassenzüge verschoben, kann das Auto auch gleich zuhause stehen gelassen werden, denn die Kindergärten sind derart in der Gemeinde verteilt, dass man ein paar Strassenzüge weiter schon fast daheim ist. Ich möchte den Gemeinderat bitten, dranzubleiben und den Fokus nicht nur auf die Schulen, sondern auch auf die Kindergärten zu legen, wo die Situation nicht wirklich anders ist. Ansonsten sind wir damit einverstanden, dass der Vorstoss abgeschrieben wird.

Gerold Stadler: Auch ich möchte mich für diese Beantwortung bedanken. Ich glaube, der Gemeinderat und die Schulleitungen sind gut unterwegs. Als Vater durfte ich an einem Elternabend in einer zweiten Klasse miterleben, wie die Schulleitung vor Ort war und das Problem sehr eindringlich und eindrücklich erklärt hat. Auch die Lehrperson hat das sehr gut gemacht. Allerdings ist mir aufgefallen ist, dass viele Eltern Urängste haben um ihr Kind, und das dürfte der Haken an der Sache sein. Es ist schwierig, Ängsten mit vernünftigen, rationalen Argumenten entgegenzutreten. Am erwähnten Elternabend gab es Eltern, die partout nicht verstehen wollten, dass es die Sicherheit ihres Kindes eher verringert als verbessert, wenn es mit dem Auto zur Schule gebracht wird. Die Schule macht vieles, auch im Bereich Sicherheit, und es ist wichtig, dass diese Bemühungen weitergehen. Jedes Jahr gibt es neue Kindergärtler, neue Erstklässler, und deshalb muss immer wieder neu informiert und versucht werden, die Eltern zu überzeugen, sonst funktioniert es nicht. Das ist aber ein schweizweites Problem und beschränkt sich nicht auf Pratteln. Vielleicht müsste man auch zu anderen Mitteln greifen, aber sicher darf man in den Bemühungen nicht nachlassen.

Abstimmung zur Abschreibung des Postulats Nr. 3306

://: Das Postulat wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

11. Nr. 3184

Beantwortung Postulat der SP, Christine Weiss, Intelligente Strassenbeleuchtung

GR Urs Hess: Ob Strassenbeleuchtung intelligent ist oder nicht, ist ein relativ komplexes Thema, über das man stundenlang berichten könnte. Wir haben versucht, es möglichst kurz und verständlich zusammenzufassen. Wir haben neuere, ältere und alte Strassenbeleuchtungen. Die Frage ist, wann spart man am meisten, und wann spart man Energie. Ist das dann der Fall, wenn die Lampe hängt und weniger Strom braucht, oder kommt die graue Energie dazu, die es braucht, um ein solches Gerät zu bauen und wieder zu entsorgen? Das alles gehört in die Energiebilanz einer solchen Beleuchtung. Ich denke, wir haben einen gangbaren Weg aufgezeigt, in welchem die entsprechenden Lampen bis an ihr Lebensende leuchten können. Die orange leuchtenden Lampen sind keine LED-Lampen, haben aber eine sehr gute Energiebilanz. Ein Wechsel vor dem Erreichen ihrer Lebensdauer wäre ein energetischer Blödsinn. Aber ihr seht, dass wir einen Weg aufgezeigt haben und ihn auch gehen und ich denke, es ist ungefähr derselbe, den auch die andern 86 Gemeinden des Kantons gehen, zumindest was die Kantonsstrassen anbelangt.

Christine Weiss: Ich danke dem Gemeinderat für die ausführliche Beantwortung. Es freut mich, dass jetzt ein Beleuchtungskataster in Auftrag gegeben worden ist. Damit hat man in jedem Fall mal eine Übersicht über die Beleuchtungssituation in Pratteln. Es ist auch löblich, dass einzelne durch LED ersetzte Strassenlaternen in der Nacht bis zu 50% gedimmt werden. Im neuen AFP im Aufgabenfeld 14 wird aber folgendes Ziel formuliert: „Beleuchtungen sind energietechnisch auf dem neusten Stand“. Das würde ein weitaus ambitionierteres Umrüsten der Strassenbeleuchtung bedeuten, nämlich ein nächtliches Ausschalten der Strassenlampen und ein Ausrüsten mit Bewegungsmeldern. Damit liesse sich nicht nur noch viel mehr Energie einsparen, es geht auch um Lichtverschmutzung, die wir damit weitaus stärker eindämmen könnten als mit dem Dimmen von Lampen. Dass das nur auf wenig befahrenen Quartierstrassen sinnvoll ist, steht auch so in meinem Postulat und ist allen klar. Allerdings ist das „nur“ in Anführungs- und Schlusszeichen in eurer Antwort ein wenig irritierend, denn der überwiegende Teil der Prattler Siedlungsfläche ist eben mit solchen Quartierstrassen und –strässchen erschlossen, und ich denke, dass es heute nicht mehr reicht, nur gerade so viel Umweltschutz zuzulassen, damit man nicht ganz veraltet auftritt. Eine wirklich wörtliche Umsetzung eures AFP-Ziels würde ich mir von euch wünschen.

Petra Ramseier: Danke, Urs Hess, für diese Informationen. Ich möchte ergänzen, dass für mich die reduzierte Leistung nicht gleichzeitig reduzierte Lichtverschmutzung bedeutet. Bei der Montage von neuen LED-Lampen müsste man die Lichtstreuung noch viel mehr berücksichtigen. Was ich bisher erlebt habe, wenn man durch die Prattler Strassen geht und einen Strassenzug mit den alten Halogen- oder Natriumlampen mit einem Strassenzug mit neuen LED-Lampen vergleicht, so sieht man, dass dort die Häuserfronten viel stärker ausgeleuchtet werden als vorher. Auf meine Anfrage hat die EBL einmal geantwortet, dort könnten keine Blenden montiert werden, es sei nicht möglich, den Lichtkegel auf Strasse und Trottoir zu reduzieren. Das Licht wird viel stärker als bisher über die Strassen zu den Häuserfronten gestreut. Ich denke, hier müsste die Gemeinde nochmals über die Bücher und klären, ob wirklich der richtige Lampentyp verwendet wird oder ob es noch Verbesserungsmöglichkeiten gibt. Ich könnte mir vorstellen, dass die Belastung für Menschen, die schlafen möchten, mit den neuen Beleuchtungen viel höher werden als vorher.

GR Urs Hess: Mich freut, dass ihr euch Gedanken macht über die ganze Beleuchtung. Es ist in der Tat nicht so einfach, wie man sich das vorstellt, aber ich kann ganz sicher sagen, dass richtig verwendete LED-Lampen von einer Trottoir-Hinterkante zur gegenüberliegenden Trottoir-Hinterkante leuchten und nicht weiter. Das ist problemlos machbar und wurde bereits oft ausprobiert. Ich war acht Jahre lang selbst beim Kanton für solche Kandelaber zuständig. Als die ersten dieser Lampen, die wirklich nur den Strassenraum ausleuchteten, installiert wurden, erhielten wir Reklamationen von Bewohnern, jetzt wäre der Zugang zum Haus dunkel. Diese Lampen kann man selbstverständlich richten und muss dafür nicht bei der EBL nachfragen. Wir haben jemand, der uns in Sachen Beleuchtung berät, denn das ist heute sehr

komplex und nicht nur mit dem Installieren einer Lampe erledigt. Es hat nebst der Lichtstärke und dem Lichtkegel mit sehr vielen weiteren Punkten zu tun, die berücksichtigt werden müssen. Zur Frage von Christine Weiss nach den intelligenten Lampen mit den Bewegungsmeldern muss man sich bewusst sein, dass diese dimmen und bei Bewegungen wieder hochfahren, und dann folgen Reklamationen wegen der „Diskobeleuchtung“ auf der Strasse. Energieeffizienz bedeutet nicht nur neue Lampen, sondern auch, dass alte Lampen nicht einfach vernichtet, sondern zum richtigen Zeitpunkt gewechselt werden. Das ist mir ein grosses Anliegen, und wir sind an der Umsetzung.

Benedikt Schmidt: Ich danke Urs Hess für seine Erläuterung und vor allem auch für seine Aussage, dass die Lampen sauber eingestellt werden können. Wir haben schräg vor unserem Haus eine solche Lampe, deren Aufgabe es ist, den Fussgängerstreifen zu beleuchten. Als Nebeneffekt wird auch unser Schlafzimmer ausgeleuchtet. Offenbar sind nicht alle Lampen ideal eingestellt.

Kurt Lanz: Ich mache jetzt etwas, das unser Präsident nicht will – ich mache es trotzdem. Ich möchte Urs Hess danken für seine guten Erläuterungen und seine Aussage, dass LED-Lampen eingestellt werden können wie keine anderen. LED-Lampen können sogar so eingestellt werden, dass es auf der Strasse selbst nicht Licht und Schatten gibt, sondern eine durchgehend gleichmässige Beleuchtung. Ich finde es auch toll, dass sich der Gemeinderat Gedanken über die graue Energie macht, denn auch das ist eine wichtige Angelegenheit. In diesem Fall ist die Gemeinde auf einem guten Weg, und ich möchte sie ermuntern, dran zu bleiben. Es ist schon so, dass möglicherweise bei der Montage von neuen Lampen anfangs nicht alles optimal eingestellt wird, und es ist auch nie möglich, es allen recht zu machen. Nicht grundlos hat die SP ihre Lichtinitiative gestartet, bei der es auch darum geht, dass die Umwelt nicht massiv verschmutzt wird, auch nicht durch Licht.

Christine Weiss: Ich wollte noch anfügen, dass es von der Planung her wichtig ist, einmal ein Pilotprojekt zu machen, so dass zum Beispiel eine Quartierstrasse mit Bewegungsmeldern ausgerüstet wird. Damit kann sich die Bevölkerung vorstellen, was das bedeutet und ob es wirklich den Eindruck von Discobeleuchtung erzeugt. Ich spreche nicht von Kantonsstrassen, wo regelmässiger Verkehr herrscht, sondern von den vielen kleinen Strassen, durch die der grösste Teil Prattelns erschlossen ist. Dort fände ich es toll und ambitiös, wenn Pratteln, wo Initiativen wie die Lichtverschmutzung bereits angenommen sind, das einmal vorweisen könnte.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung zur Abschreibung des Postulats Nr. 3184

://: Das Postulat wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

Fragestunde

Frage 1

Zentrale Parkuhr, Parking App

(Silvia Lerch, FDP-CVP)

GR Stefan Löw: Es geht um die App auf den Parkuhren. Das Problem ist uns bekannt; es wäre ja nicht gut, wenn es nicht so wäre. Seit dem 9. November steht die etablierte Schweizer Parking-App SEPP zur Verfügung, mit der bereits 100 Gemeinden ausgerüstet sind. Mit dieser einsatzbereiten App können wir Ihnen eine gute Lösung anbieten. Die Bevölkerung wird umfassend über diese neue App im Prattler Anzeiger informiert. Zusätzlich wird auf den 1. Dezember auch noch die international genutzte App PayByPhone installiert, die dann ebenfalls genutzt werden kann.

Frage 2

Parkplätze vis-à-vis Bäckerei Finkbeiner und auf dem Dorfturnhallenplatz?

(Dieter Stohler, FDP-CVP)

GR Urs Hess: Der Dorfturnhallenplatz ist gemacht, es fehlt noch die Möblierung, die aber bereits bestellt ist. Etwa im Februar sollte sie geliefert werden, so dass der Platz schön bepflanzt werden kann, wie wir uns das vorgestellt haben. Jetzt aber zu den Fragen: *„Kann man nach dem Umbau weiterhin mit dem Auto vor die Bäckerei Finkbeiner fahren und die Einkäufe einladen?“* Nein, vor die Bäckerei Finkbeiner wird man nicht mehr fahren können, es hat aber hinten Parkplätze. Für die Neugestaltung des Platzes haben wir viele involvierte Kreise eingeladen und selbstverständlich alle Anlieger, sie konnten an den Workshops teilnehmen. Nebst Vertretern der politischen Parteien, darunter auch einige von euch, waren auch Vertreter der IGOP, von Sportvereinen und KMU et cetera dabei. Auch die Firma Finkbeiner, um die es geht, war eingeladen, ist aber leider nicht gekommen.

„Kann man weiterhin für Veranstaltungen in der alten Dorfturnhalle oder bei Besuchen der beiden Schulhäuser das Auto auf diesem Platz abstellen?“ Das muss ich mit einem klaren Nein beantworten. Der Wunsch war eine multifunktionale Verwendung dieses Platzes. Einerseits soll es ein Platz sein, der zum Verweilen einlädt, andererseits sollen auch Grossveranstaltungen wie die Fasnacht oder andere grosse Veranstaltungen durchgeführt werden können, sobald diese wieder erlaubt sind (Corona). Wir rechnen mit einer Grössenordnung von fünf bis acht Veranstaltungen pro Jahr. Dann können die verschiebbaren Elemente an die gewünschten Positionen verlegt werden, womit der Platz für eine grössere Veranstaltung frei ist, wie beispielsweise damals bei der Einweihungsfeier der Schulhäuser. Parkieren ist auf diesem Platz nicht mehr möglich. Es ist aber auch so, dass man einen Ersatzstandort ausgesucht hat, denn wenn die Dorfturnhalle vermietet wird, so muss zumindest anfänglich ein zweiter Parkplatz hier in der Nähe genutzt werden können.

„Wo gibt es einen Ersatz für die wegfallenden Parkplätze?“ Vielleicht haben viele noch nicht gemerkt, dass es hinter der Finkbeiner-Liegenschaft vierzehn öffentliche Parkplätze hat, die dann dominanter befahren werden, wenn nicht mehr die Schlossstrasse hochgefahren werden kann. Die Schlossstrasse vom Schlossschulhaus bis zum Schmittiplatz ist auch bereits gemacht. Geplant ist, den Platz durchzuziehen, so dass vom Dorfturnhallenplatz bis zum Schmittiplatz ein kompletter Platz entsteht. Dort spielt noch das IWB eine Rolle, das eine Gasleitung erstellen möchten.

„Wie ist ein Abbau häufig genutzter Parkplätze mit dem Legislaturziel ‚der Dorfkern als Begegnungsort ist belebt und aufgewertet‘ zu vereinbaren?“ Parkplätze brauchen wir sicher, damit die Leute ins Dorf kommen. Belebung sollte aber durch Menschen stattfinden, nicht nur durch parkierte Autos. Es gilt, einen für alle gangbaren Weg zu finden.

„Wurden die Anwohner, beziehungsweise die Bäckerei Finkbeiner in die Planung einbezogen?“ Angehört selbstverständlich, aber sie haben sich ja nicht gemeldet. Wir haben aber mit den Herren Finkbeiner einen Besprechungstermin vereinbart. Im Übrigen probieren wir, in unmittelbarer Nähe der jetzt bestehenden Parkplätze neue Parkplätze zu schaffen, wenn auch nicht mehr in derselben Anzahl. Wir wollen aber, dass das Gewerbe leben und Besucher empfangen kann. Unter den Teilnehmenden dieser Workshops hatte es auch Leute aus dem Gastrogewerbe, die sich ebenfalls fürs Gewerbe eingesetzt haben, und ich bin überzeugt, dass wir eine gute Lösung finden, um noch einige weitere Parkplätze anzubieten. Es gibt entsprechende Flächen, über die wir bereits mit dem Gemeinderat gesprochen haben. Ich finde es halt schade, wenn wir alle einladen, um gemeinsam eine gute Idee zu entwickeln, aber dann einige nicht kommen und anschliessend die Faust im Sack machen oder sich beschweren. Bei diesen Workshops waren alle Parteien und Interessensvertreter eingeladen, und alle, die diese Einladung wahrgenommen haben, waren zum Schluss mit dem Resultat, wie es jetzt auch umgesetzt wird, zufrieden. Ich hoffe, dass ich alle Fragen beantwortet habe.

Dieter Stohler: Ich danke dem Gemeinderat Urs Hess für die Beantwortung und auch dafür, dass nochmals das Gespräch gesucht und ein Termin mit der Familie Finkbeiner vereinbart wird. Das stellt einen kleinen Lichtblick dar. Ansonsten möchte ich kurz anmerken, dass ich mit Leuten über die stattgefundene Veranstaltung gesprochen habe. Es ist schon toll, dass man die Leute einlädt. Aber an dieser Veranstaltung wurde nicht konkret gesagt, dass die Parkplätze vor der Bäckerei Finkbeiner wegfallen, und dann ist natürlich klar, dass die Teilnehmenden die Lösung bejahen. Jetzt aber zu meinen kurzen Zusatzfragen, die ebenso kurz und bündig beantwortet werden können.

Zusatzfrage 1, inhaltlich zu den beiden Nein-Antworten: „Ist das jetzt die neue Politik des Gemeinderates, ganz nach dem Vorbild Basels und seinem Regierungsrat Wessels, dass Parkplätze des Teufels sind und somit aus dem Zentrum zu entfernen sind?“

Zusatzfrage 2: „Sollen die Kunden der Bäckerei Finkbeiner, die Besucher der Dorfturnhalle et cetera künftig im Albanhof parkieren? Entsteht nicht mehr Suchverkehr, und nimmt nicht die Attraktivität des Dorfzentrums ab?“

GR Urs Hess: Dieter, du hast dich möglicherweise nicht bei allen Leuten kundig gemacht, denn das mit den wegfallenden Parkplätzen war ein Resultat aus diesen Workshops. Das Resultat wurde ausserdem selbstverständlich allen abgegeben. Es hat hier im Raum Leute, die nicken; das wurde wirklich so gemacht. Zur Politik des Gemeinderates punkto Parkplätze kann ich mich nicht äussern, aber der Gemeinderat will, dass das Dorf belebt wird, und das geschieht nicht nur durch Fussgänger und Velofahrer, es braucht auch Autos, die parkiert werden können. Ich habe vorher ganz klar gesagt, dass provisorisch hier oben dran parkiert werden kann, bis eine neue Möglichkeit gefunden wird. Und etwas weiter unten, nach der Bäckerei Finkbeiner, prüfen wir die Möglichkeit von zwei weiteren Parkplätzen. Sonst gibt es nach der Durchfahrt zwischen der ehemaligen Strüby und der Dorfturnhalle ebenfalls noch Parkplätze, und wir versuchen, dort noch zu optimieren und einige zusätzliche Parkplätze zu erstellen. Die Frage zum Albanhof war provokativ, darauf gehe ich gar nicht ein.

Frage 3

Weihnachtsbäume für's „Fasnachtsfüür“
(Simon Schärer, SVP)

GR Urs Hess: Es ist gut, dass die Frage von einem Füürbiiger kommt. Die Verwaltung hat diese angefragt, wie man das Problem Weihnachtsbaumentsorgung und Fasnachtsfüür zusammen lösen könnte, bis jetzt aber keine Antwort erhalten. Die Verwaltung musste deshalb das Vorgehen von sich aus entscheiden. Jetzt wird versuchsweise das Einsammeln der Weihnachtsbäume mit einem Kehrriechwagen getestet. Im Anschluss an die Fasnacht möchten wir diesen Versuch dann mit den Füürbiigern besprechen. Ich hoffe, sie sind dann ansprechbar und erscheinen auch, so dass ein konstruktives Gespräch gesucht werden kann.

Zu den Fragen: „Aus welchem Grund wird das neu mit dem Kehrriechwagen gemacht?“ Ihr wisst vielleicht, dass auf dem Gros matt-Schulhausplatz Mulden gestellt wurden. Letztes Jahr wurde noch der Kindergarten Gros matt gebaut, und es hatte dort wohl relativ viel Verkehr. In der Folge erreichten uns diverse Reklamationen von Eltern an die Schulleitung, die Kinder würden durch die Autos gefährdet. Das können wir lösen, indem wir auch andere Plätze evaluiert haben, an denen Mulden aufgestellt werden könnten, damit der Schulbetrieb nicht beeinträchtigt wird. Andererseits wurde die Verwaltung von diversen, auch älteren Leuten angegangen, die fragten, ob man nicht den Weihnachtsbaum wie den Kehrriech vor der Haustür zur Abholung deponieren könnte, anstatt ihn ins Dorf bringen zu müssen. Deshalb hat sich die Verwaltung entschieden, eine Fuhre mit dem Kehrriechwagen zu organisieren, bei der die Weihnachtsbäume eingesammelt und zum Fasnachtsfüür gebracht werden.

„Wurde der Gemeinderat darüber in Kenntnis gesetzt?“ Leider nein, der Gemeinderat wurde nicht informiert, denn es handelt sich nicht um eine grosse Änderung, die meiner Meinung nach die Verwaltung von sich aus umsetzen darf. Dieses Vorgehen betrifft in diesem Fall jetzt halt eine kulturelle Institution mit dem Fasnachtsfüür und ist auch bereits im Pratteler Kalender abgedruckt. Ich denke, danach werden wir schauen, wie man weiterfährt; ob das eine Lösung für die Zukunft sein könnte, oder ob man eine andere Möglichkeit suchen möchte.

„Entstehen der Gemeinde mit der neuen Variante nicht zusätzliche Kosten?“ Das kann ich verneinen; diese Lösung ist kostenneutral. Ob nun Mulden gestellt werden oder man mit dem Kehrichtwagen durchs Dorf fährt und die Weihnachtsbäume einsammelt, kostet die Gemeinde in etwa gleich viel. Ich hoffe, dass die Führtünger diesen Versuch aktiv begleiten und auch mitmachen beim Gespräch, ob es bei dem einen Versuch mit dem Kehrichtwagen bleiben soll, oder ob das in Zukunft so gemacht werden kann.

Die Fragen sind beantwortet.

Urs Baumann: Wir sind am Schluss der Traktandenliste; ich schliesse die Sitzung.

Die Sitzung wird um 21.00 Uhr beendet.

Pratteln, 3. Dezember 2020

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Urs Baumann

Ulrike Schmid